

An die
Bezirkshauptmannschaft Innsbruck
Verkehrsreferat
Gilmstraße 2
6020 Innsbruck

E-Mail: bh.innsbruck@tirol.gv.at

(Eingangsvermerk)

Antrag auf Verordnung eines Verbotes für Fußgänger

I. Angaben zum/zur AntragstellerIn (bitte genau ausfüllen):

Firma (juristische Person):

Nachname:

Vorname:

PLZ, Ort:

Straße:

E-Mail-Adresse:

Telefon:

Hinweis: Wenn es sich beim Antragsteller um eine juristische Person handelt ist eine Vollmacht des vertretungsbefugten Organs beizulegen.

II. Es wird um Verordnung folgendes Verbots angesucht:

Es wird ersucht auf der

Gemeindestraße Landesstraße L / B (genaue Bezeichnung notwendig)

Straßenbezeichnung:

im Bereich (von-bis, Kilometer, Hausnummer):

ein **Verbot für Fußgänger** (gem. § 52 lit. a Zif. 14b StVO 1960) zu erlassen.

III. Sonstige Angaben / Bemerkungen (Begründung, etc.):

.....

.....

.....

Information

Voraussetzungen:

Nach der ständigen Rechtsprechung des VfGH ist eine Verkehrsbeschränkung nur erforderlich, wenn es auf Grund der örtlichen und verkehrsmäßigen Gegebenheiten der Sicherheit, Leichtigkeit und Flüssigkeit des Verkehrs notwendig ist. Die Verhältnismäßigkeit ist von der Behörde im Zuge des Anhörungs- und Ermittlungsverfahrens zu prüfen.

Bei Prüfung der Erforderlichkeit einer Verordnung für eine Beschränkung sind die bei der betreffenden Straße oder Straßenstrecke anzutreffenden, für den spezifischen Inhalt der Verordnung relevanten Umstände mit jenen Umständen zu vergleichen, die für eine nicht unbedeutende Anzahl anderer Straßen zutreffen.

Die Straßenverkehrszeichen müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszeichenverordnung in der derzeit gültigen Fassung entsprechen. Die Bestimmungen der §§ 48 bis 54 der Straßenverkehrsordnung 1960 müssen bei der Aufstellung der Straßenverkehrszeichen genau beachtet werden.

Verkehrszeichen:

„Verbot für Fußgänger“ gem. § 52 lit. a Zif. 14b StVO 1960



Dieses Zeichen zeigt an, dass das Betreten für Fußgänger verboten ist.

Mündet in einen Straßenabschnitt, für den durch Vorschriftszeichen eine Beschränkung kundgemacht ist, eine andere Straße ein, so kann diese Beschränkung auch schon auf der einmündenden Straße durch die betreffenden Verkehrszeichen mit einer Zusatztafel mit Pfeilen angezeigt werden. Solche Zeichen sind im Ortsgebiet höchstens 20 m und auf Freilandstraßen höchstens 50 m vor der Einmündung anzubringen (§ 51 Absatz 5 StVO).

Verfahren über Anträge können nur rasch erledigt werden, wenn das **FORMBLATT GENAUESTENS UND VOLLSTÄNDIG AUSGEFÜLLT, SÄMTLICHE UNTERLAGEN ANGESCHLOSSEN**, und vom **Antragsteller unterschrieben** ist. Der **Antragsteller versichert mit der Unterzeichnung des Formblattes**, dass alle Angaben der Wahrheit entsprechen.

Für derartige Anträge sind umfangreiche Ermittlungen (Gutachten von verkehrstechnischen Sachverständigen, Durchführung eines Lokalaugenscheines usw.) erforderlich.

(Ort/Datum)	(Unterschrift des Antragstellers)

DEM ANTRAG SIND JEDENFALLS FOLGENDE UNTERLAGEN ANZUSCHLIESSEN:

- 1) **Übersichtslageplan** mit den eingetragenen Verkehrszeichen